

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/106: 11.04.1961 – 31.12.1961

11.04.1961

Israel: In Jerusalem beginnt am 11. April 1961 der sog. "Eichmann-Prozeß".

SS-Obersturmbannführer Eichmann leitete seit 1938 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und organisierte ab 1941 die Massentransporte in die NS-Vernichtungslager.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Eichmann-Prozeß" (x169/11-13): >>... Mein ursprüngliches Interesse an dem Thema der Vernichtung der Juden durch die Nazis war persönlich motiviert. Mein Vater wie meine Mutter waren Überlebende des Warschauer Ghettos und der Konzentrationslager der Nazis. Abgesehen von ihnen selbst sind alle Familienmitglieder meiner beiden Eltern von den Nazis ausgelöscht worden.

Meine erste Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist, ... der Anblick meiner Mutter, die den Eichmann-Prozeß (1961) wie gebannt im Fernsehen verfolgte, als ich von der Schule nach Hause kam. Obwohl sie erst sechzehn Jahre vor dem Prozeß aus dem Konzentrationslager befreit worden waren, waren die Eltern, die ich kannte, in meinen Augen immer durch einen unüberbrückbaren Abgrund davon getrennt.

An der Wand des Wohnzimmers hingen Fotografien der Familie meiner Mutter. (Photos der Familie meines Vaters gingen im Krieg verloren.) Was mich mit meinen Verwandten verband, konnte ich nie ganz begreifen, noch viel weniger konnte ich mir vorstellen, was mit ihnen geschehen war. Es waren die Schwestern, der Bruder und die Eltern meiner Mutter, nicht meine Tanten, mein Onkel oder meine Großeltern.

Ich erinnere mich, als Kind John Herseys "The Wall" und Leon Uris' "Mila 18" gelesen zu haben, beides waren romanhafte Schilderungen des Warschauer Ghettos. (Ich weiß noch, wie meine Mutter eines Tages klagte, daß sie, versunken in die Lektüre von "The Wall", auf dem Weg zur Arbeit nicht an ihrer U-Bahnstation ausgestiegen war.)

So sehr ich es versuchte, es gelang mir auch nicht für einen Augenblick, in meiner Vorstellung den Sprung zu vollziehen, der meine Eltern in ihrer ganzen Alltäglichkeit mit dieser Vergangenheit in Verbindung gebracht hätte. Ehrlich gesagt, ich kann das noch immer nicht.

Doch es gibt einen wichtigeren Punkt: Abgesehen von dieser Präsenz von Phantomen kann ich mich nicht erinnern, daß die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis je in meine Kindheit eindrang. Das lag hauptsächlich daran, daß außerhalb meiner Familie sich niemand dafür zu interessieren schien, was geschehen war.

Der Freundeskreis meiner Kindheit las umfassend über die Tagesereignisse und diskutierte leidenschaftlich darüber. Doch ich kann mich ehrlich gesagt an keinen einzigen Freund (oder an Eltern eines Freundes) erinnern, der auch nur einmal gefragt hätte, was meine Mutter und mein Vater durchgemacht hatten. Das war kein respektvolles Schweigen. Es war nichts weiter als Gleichgültigkeit. In diesem Licht kann man die Ergüsse des Grauens in späteren Jahrzehnten, als die Holocaust-Industrie fest etabliert war, nur mit Skepsis betrachten.

Daß die amerikanischen Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis "entdeckt" haben, scheint mir manchmal schlimmer als die Tatsache, daß sie in Vergessenheit geraten war. Es ist wahr: Meine Eltern grübelten allein für sich über ihr Leid nach; was sie erlitten hatten, wurde nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die derzeitige dreiste Ausbeutung jüdischen Märtyrertums?

Ehe aus der Massenvernichtung der Juden DER HOLOCAUST wurde, waren zu dem Thema nur ein paar wissenschaftliche Untersuchungen - zum Beispiel Raul Hilbergs "Die Vernichtung der europäischen Juden" - und Memoiren wie Viktor Frankls "... trotzdem Ja zum Leben sagen" und Ella Lingens-Reiners "Prisoners of Fear" veröffentlicht worden. Doch diese kleine Sammlung von Edelsteinen ist besser als die Regale über Regale mit trivialer Literatur, die nun Bibliotheken und Buchläden füllen. ...<<

22.04.1961

DDR: Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik begründet am 22. April 1961 härtere staatliche Zwangsmaßnahmen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428-429): >>... In seiner Richtlinie Nr. 12 vom 22. April 1961 ("Neue Justiz" 1961, S. 289) erklärt das Oberste Gericht die Freiheitsstrafe als härteste staatliche Zwangsmaßnahme (neben der Todesstrafe) für notwendig "bei Verbrechen gegen den Frieden und die Deutsche Demokratische Republik, bei anderen schweren Verbrechen, insbesondere gegen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung, und bei Verbrechen von Tätern, die aus bisherigen Bestrafungen keine Lehren gezogen haben oder sich hartnäckig einem geordneten Leben in der sozialistischen Gesellschaft entziehen".

Kurzfristige Freiheitsstrafen sollen in den Fällen verhängt werden, in denen der Charakter der Tat trotz des Fehlens schwerwiegender Folgen die sofortige kurzfristige Isolierung des Täters erfordert, um ihn der weiteren erzieherischen Entwicklung durch die Gesellschaft zugänglich zu machen.

Strafen ohne Freiheitsentzug erfordern eine "positive Grundeinstellung des Täters zur Gesellschaft, zum sozialistischen Staat". Sie sollen angewendet werden gegen Personen, die aus zeitweiliger Undiszipliniertheit oder Pflichtvergessenheit, aus ungefestigtem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, anderen rückständigen Auffassungen oder aus persönlichen Schwierigkeiten Straftaten begehen, ohne sich damit außerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu stellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Todesstrafe" in der SBZ (x009/442): >>Die Todesstrafe ist im Strafrecht der SBZ angedroht für das Verbrechen des Mordes und für schwere Fälle einiger Staatsverbrechen: des Staatsverrats, der Spionage, der Diversion und der Sabotage.

"Die Todesstrafe im Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) ist im Interesse der gesamten friedliebenden Menschheit in der augenblicklichen Entwicklungsphase nicht zu entbehren und beweist unsere Entschlossenheit, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln gegen die vorzugehen, die sich zu Handlangern der Unmenschlichkeit und der Kriegspolitik herabwürdigen".

Jedes Todesurteil muß nach Eintritt der Rechtskraft dem Vorsitzenden des Staatsrates zur Entschließung vorgelegt werden, ob er von seinem Gnadenrecht Gebrauch machen will. In diesen Fällen wird nach internen Weisungen immer eine Stellungnahme des Politbüros der SED herbeigeführt.

In der Mehrzahl der Fälle erfolgt keine Begnadigung: die Todesurteile werden durch Enthauptung vollzogen. Nach westlichen Beobachtungen, die nicht vollständig sein können, wurden von 1949 bis 1960 160 Todesurteile verhängt, davon 103 in politischen Strafverfahren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsverrat" in

der SBZ (x009/421): >>Schwerstes Staatsverbrechen strafbar nach § 13 StEG.

Mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren und Vermögenseinziehung, in schweren Fällen mit Todesstrafe oder lebenslänglichem Zuchthaus wird bestraft, wer es unternimmt,

1. die verfassungsmäßige Staats- oder Gesellschaftsordnung der DDR durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen.
2. mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsrates der Republik, seines Vorsitzenden oder seiner Stellvertreter, seiner Mitglieder oder seines Sekretärs, der Volkskammer oder der Länderkammer oder des Ministerrates oder ihrer Präsidien oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern,
3. das Gebiet der DDR einem anderen Staat einzuverleiben oder einen Teil desselben von ihr loszulösen".

Nach dieser Strafbestimmung wurden z.B. Ende 1958 24 Studenten der Universität zu insgesamt 110 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie in kleinen Gruppen Pläne zu einer politischen Neuordnung der SBZ diskutierten, ohne dabei die verfassungsmäßige Staatsordnung beseitigen zu wollen.

Den Tatbestand des "Verfassungsverrats" im eigentlichen Sinne kennt das sowjetzonale Strafrecht nicht.<<

01.05.1961

DDR: Während der Maifeier wird die NVA am 1. Mai 1961 zum "hohen sozialistischen Bewußtsein und zur Beherrschung der modernen Waffentechnik ermahnt".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Maifeier" in der SBZ (x009/270): >>Nach 1945 wurde in der SBZ die Maifeier zunächst wieder wie vor 1933 begangen als Kampf- und Feiertag der internationalen Solidarität der Werktätigen und als Bekenntnis zum Achtstundentag und zu den Zielen der Gewerkschaftsbewegung.

Doch mehr und mehr mißbrauchten die SED und der FDGB die Maifeier für ihre Agitationszwecke. Der 1. Mai 1952 wurde hingestellt als Tag des Friedenskampfes im sowjetischen Sinne, als Werbetag für eine "Aktionseinheit der Arbeiterklasse". ...

Die Losungen zum 1. Mai 1961 beweisen, wie sehr die Maifeier aus einer ursprünglich gewerkschaftlich-freiheitlichen Kundgebung zu einem Mittel der Parteiagitation und der Staatsmachtpropaganda wurde.

Losung Nr. 21 fordert: "Erhöht die Arbeitsproduktivität ...

Nr. 23 verlangt: "Genossenschaftlich arbeiten, mehr produzieren ..."

In Nr. 34 heißt es: "Kampfgruppen, lernt aus den revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung!"

35 ermahnt die NVA: "Hohes sozialistisches Bewußtsein und Beherrschung der modernen Waffentechnik ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Staatsfeiertage in der SBZ (x009/418-419): >>Zu den herkömmlichen Feiertagen, unter denen der 1. Mai ("Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen") als Staatsfeiertag begangen wird, wurden durch Gesetz vom 21.4.1950 noch der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.

Außerdem wurden 1961 offiziell begangen am 1.3. der "Tag der nationalen Volksarmee", am 21.4. der "Vereinigungsparteitag" ("Gründungstag der SED"), am 24.4. der "Internationale Tag der Jugend gegen Kolonialismus und für friedliche Koexistenz", am 10.5. der "Tag des freien Buches", am 11.6. der "Tag des deutschen Eisenbahners", am 12.6. der "Tag des Lehrers", am 2.7. der "Tag des Bergmanns", am 10.9. der "Gedenktag für die Opfer des Faschismus" und am 10.11. der "Weltjugendtag".<<

15.06.1961

DDR: Walter Ulbricht erklärt am 15. Juni 1961 während einer internationalen Pressekonfe-

renz in Ost-Berlin (x296/211 L): >>... (Frage des Korrespondenten der "Frankfurter Rundschau":) ... Herr Vorsitzender! Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?

(Walter Ulbricht:) Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau; und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen West-Berlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen.<<

17.06.1961

BRD: In Kahl/Main liefert das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes ist das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

30.06.1961

BRD: In Bonn wird am 28. Juni 1961 das Bundesgesetz für die Sozialhilfe verkündet. Die Sozialhilfe löst danach die bisherige "Fürsorge" ab und soll jedem Bürger ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren.

01.07.1961

DDR: Am 1. Juli 1961 meldet die SED, daß es rd. 1 Million Fernsehteilnehmer gibt (Bundesrepublik Deutschland = 4 Millionen).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Fernsehen" in der SBZ (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisators" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).

Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben.

Auf die Möglichkeit des Empfangs in der Bundesrepublik wird mit technischen Mitteln und Sondersendungen hingezielt; andererseits empfängt ein beträchtlicher Teil (etwa 70 %) der Fernsehteilnehmer in der SBZ westdeutsche Sendungen. Durch den Bau von Gemeinschaftsantennen, die ausschließlich auf den Kanal des Ostfernsehens ausgerichtet sind, versucht man seit Herbst 1959, den Empfang westdeutscher Sendungen zu verhindern.

1965 soll das sowjetzonale Fernsehen auf 95 % des Gebietes der SBZ empfangen werden können; zur Zeit werden nur knapp über 60 % erreicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Rundfunk" in der SBZ (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.

Durch 400 Störsender versucht die SBZ, den Empfang westlicher Rundfunkstationen zu verhindern. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nachrichtenpolitik" in der SBZ (x009/301): >>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen.

"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter". Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten

und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.

Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Ostblock-Agenturen übernommen.

Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bewußtseinsbildung" in der SBZ (x009/74): >>Die Bedeutung der Bewußtseinsbildung ist in totalitären Herrschaftssystemen früher erkannt worden als in Demokratien, und der Ausdruck Bewußtseinsbildung entstammt daher auch ihrem Vokabular.

Auch die totalitäre Diktatur sucht ihre Bestätigung und Legitimation im "Volkswillen", veranstaltet zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit akklamatorische Abstimmungen oder plebiszitäre Wahlen, muß aber deren Ergebnisse durch einen zentral gesteuerten Apparat der Bewußtseinsbildung, durch Polizeiterror und vielfach noch durch nachträgliche Fälschung manipulieren.

Vielfältige Methoden der Bewußtseinsbildung dienen dazu, die Bürger geistig und seelisch im Sinne des Machthabers zu formen, daß sie den ihnen vorgeschriebenen Denkstil annehmen und zu Urteilen und Entschlüssen kommen, die den Zielen der Regierung entsprechen.

In der SBZ wie in allen kommunistischen Staaten ist die Ideologie das wichtigste Argument der Bewußtseinsbildung. Genau dosierte Kenntnisse über diese Ideologie zu verbreiten, ist Aufgabe aller Institutionen zur Schulung, insbesondere der Kader.

Der Verbreitung der Ideologien und damit der Bewußtseinsbildung dienen aber auch das Erziehungswesen, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen sowie im weiteren Sinne alle Arten von Agitation und Propaganda, zur Bewußtseinsbildung gehört schließlich alles, was zur Festigung eines sozialistischen Bewußtseins und zur Ausrichtung eines jeden Bürgers der DDR auf die Staats- und Parteiziele beitragen kann, z.B. Kunst und Literatur, das Filmwesen und Produktionspropaganda.

Die kommunistische Bewußtseinsbildung ist in ihrem Wesen nach ausschließlich; sie schirmt darum die von ihr Erfassten gegen Einflüsse anderer geistiger Herkunft ab, vermeidet echte Diskussionen und ist intolerant und kritikfeindlich. Erfolg oder Mißerfolg der kommunistischen Bewußtseinsbildung sind nicht einheitlich zu beurteilen. ... Da viele Menschen bestimmte politische Begriffe überhaupt nur nach kommunistischer Definition kennen, bewegen sie sich in kommunistischen Kategorien auch dann, wenn sie gegen das Regime Stellung beziehen.

Folge der kommunistischen Bewußtseinsbildung ist auch, daß die Politisierung des gesamten Lebens hingenommen, ihr Fehlen im "Westen" unter Umständen als Schwäche empfunden wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ideologie" in der SBZ (x009/186): >>Wörtlich Ideenlehre ... In der modernen politischen Praxis dient die Ideologie der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der "wahren Lehre" behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor.

Der tatsächliche Einfluß einer Ideologie auf die Handlungen ihrer "Vollstrecker" ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfältig angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch immer wieder gegen die Grundsätze ihrer Ideologie verstoßen, so sind ideologische Richtungskämpfe mindestens als Ausdruck von Machtkämpfen von Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die Ideologie ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Propaganda" in der SBZ (x009/343): >>... Nach herkömmlicher Auffassung wird unter politischer Propaganda eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und vielfach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient.

Die Wirkung der Propaganda ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, daß mißbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, daß er durch allzu plumpe Methoden das Mißtrauen der Angesprochenen erregt, sei es, daß er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.

Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der Sowjetunion und ihren Satelliten einschließlich der SBZ) fehlt es der politischen Propaganda an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, daß schließlich die Bevölkerung jede amtliche Äußerung als Propaganda und damit als Schwindel ansieht.

Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Bürger die staatsbürgerliche Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die Propagandamethoden der SBZ eher noch eine Vergrößerung des nationalsozialistischen Propagandastils dar.

Unter dem Einfluß und nach dem Muster der Sowjetunion steuern Partei und Regime eine Propagandamaschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Rundfunk, den Film, das Theater, das Kabarett mit Beschlag belegt, vor allem aber die Bürger in den Aufklärungslokalen und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht.

Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der Propaganda nicht glaubwürdiger macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflussbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert ...

Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen Propaganda in die Bundesrepublik sind nur insoweit erst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet ...<<

31.07.1961

Belgien: Irland beantragt am 31. Juli 1961 den Beitritt zur EWG.

09.08.1961

Belgien: Großbritannien beantragt am 9. August 1961 den Beitritt zur EWG.

10.08.1961

Belgien: Dänemark beantragt am 10. August 1961 den Beitritt zur EWG.

13.08.1961

DDR und Berlin: Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin werden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert werden, schließt man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wird militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtet man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereignen sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) werden vor al-

lem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 fliehen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegt der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner dürfen Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Mauerbau in "Berlin" (x009/62-63): >>Die Spaltung der Stadt wurde (bereits) durch die kommunistische Sprengung der im Sowjetsektor tagenden Stadtverordneten-Versammlung am 6.9.1948 vollendet. ...

In der Nacht vom 12. zum 13.8.1961 wurde auf sowjetzonale Anordnung der bis dahin trotz schikanöser Beschränkungen noch funktionierende Verkehr über die Sektorengrenze praktisch unterbrochen, die Spaltung der Stadt restlos vollzogen und damit vor allem auch die Fluchtbewegung unterbunden.

Die Sektorengrenze wurde durch Stacheldraht, Mauern und dann durch den von der Demarkationslinie her bekannten "Todesstreifen" sowie starke militärische Bewachung "gesichert". Sie wurde, obwohl formell nur eine Form der Demarkationslinie ein Teil der Staatsgrenze West.

... Nunmehr benötigen West-Berliner ebenso wie Bürger der Bundesrepublik für jedes Betreten des Sowjetsektors eine Aufenthaltsgenehmigung (nichtamtlich: Tagespassierscheine), für längere Aufenthalte im Sowjetsektor eine Erlaubnis der zuständigen Stelle der Volkspolizei.

...

Trotz der Sperren haben seit dem 13.8. verzweifelte Ost-Berliner versucht, unter Einsatz ihres Lebens auf abenteuerlichen Wegen nach West-Berlin zu fliehen. Manche von ihnen mußten diesen Versuch mit dem Leben bezahlen. Zu den weiteren Verschärfungen der Sperrmaßnahmen nach dem 13.8. gehören: Vermauern der Fenster von Häusern an der Sektorengrenze; Evakuierung, auch Abbruch solcher Häuser, Aushebung von Gräben.

Das Bewachungspersonal leistet den strengen Befehlen nur zum Teil Folge. Zahlreiche seiner Angehörigen haben die ihnen gebotenen Gelegenheiten zur Flucht ausgenutzt. ...<<

Die Akademie der Wissenschaften der DDR berichtet später über den Beginn des Mauerbaues in Berlin (x243/208): >>Am 13. August (übernahmen) Einheiten der (NVA), der Kampfgruppen, ... im engen Einvernehmen mit den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte den militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR.

Sie errichteten Grenzbefestigungen an der Staatsgrenze zu Westberlin. ... Die Sicherheitsmaßnahmen ... schoben der Wühlätigkeit, die von Westberlin gegen die sozialistischen Länder betrieben wurde, einen Riegel vor, durchkreuzten die Aggressionspläne des Imperialismus.

...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.

Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.

Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Grenzübergänge" der SBZ (x009/164-165): >>In der SBZ amtlich als Kontrollpunkte bezeichnet.

Das Regime der SBZ wendet die Bezeichnung Grenzübergänge widerrechtlich auch auf Übergänge über die Demarkationslinien an.

Zulässig ist die Bezeichnung nur für die Übergänge aus der SBZ ins tschechoslowakische Staatsgebiet: 1. Schandau/Elbe (Bahn); 2. desgleichen für Binnenschiffe; 3. Zinnwald (Kreis Dippoldiswalde) südlich Altenberg/Erzgebirge (für Straßenverkehr), das am 1.10.1958 an die Stelle von Schmilka/Elbe (südöstlich von Schandau) trat; b) für die Seeübergänge aus der SBZ (... Fährschiffe) nach Dänemark und Schweden; Warnemünde und Saßnitz (Rügen).

Nicht als Grenzübergänge dürfen an sich bezeichnet werden

a) die Übergangspunkte auf der Demarkationslinie zwischen der SBZ und der Bundesrepublik (fälschlich oft Zonengrenze genannt);

b) die Übergänge zwischen der SBZ und den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten (Oder-Neiße-Linie) dies sind: 1. Frankfurt/Oder (Bahn und Straßenverkehr); ... 3. Görlitz (Bahn), 4. Gartz (West-Oder, nordöstlich Angermünde (Binnenschiffe));

c) Die Übergänge auf der besonders geregelten Linie zwischen einerseits den Westsektoren Berlins (West-Berlin) und andererseits dem Sowjetsektor Berlins und der SBZ. Hier ist besonders wichtig: Dreilinden, südwestlich von West-Berlin, Autobahn).

Abgesehen von einigen Sonderregelungen für örtlichen Wirtschaftsverkehr erlaubt die Regierung der SBZ für den allgemeinen Verkehr nur ganz wenige Übergänge: 3 in die Tschechoslowakei, 2 an der Ostsee, 4 in die polnisch besetzten deutschen Ostgebiete. ... An allen anderen Übergängen ist der Verkehr streng verboten und wird schärfstens verhindert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Grenzgänger" (x009/163): >>... (Allgemeine) Bezeichnung für Personen, die in West-Berlin arbeiteten und in Ost-Berlin oder in dem sowjetzonalen Randgebiet wohnten oder umgekehrt dort arbeiteten und in West-Berlin wohnten) entstand nach der Währungsreform.

Die in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger erhielten nur einen Teil ihres Lohnes in DM West, der restliche Lohn wurde vom Arbeitgeber in DM Ost ausgezahlt. Der West-Berliner Arbeitgeber mußte den dem Ostgeldanteil entsprechenden Betrag in DM West an die Lohnausgleichskasse in West-Berlin abführen. Aus dieser Kasse wurde der Umtausch eines Teils des in Ostgeld empfangenen Lohnes der in Ost-Berlin oder in der SBZ arbeitenden Grenzgänger in Westgeld finanziert.

1949 arbeiteten mehr als 100.000 West-Berliner in Ost-Berlin und in der SBZ. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung West-Berlins und der Abnahme der Arbeitslosigkeit ging diese Zahl ständig zurück und betrug Anfang August 1961 nur noch 13.000. Darunter rd. 6.000 Eisenbahner und annähernd 3.500 freischaffende Künstler, Artisten und Schausteller.

Demgegenüber arbeiteten vor dem 13.8.1961 noch annähernd 60.000 Ost-Berliner oder Bewohner der Randgebiete in West-Berlin gegenüber etwa 70.000 im Jahre 1949.

Diese Grenzgänger waren seit 1952 ständiger Kritik des SED-Regimes und wiederholt größeren Schikanen der Zonen-Funktionäre ausgesetzt, durch die sie zur "freiwilligen" Aufgabe ihrer Arbeitsplätze in West-Berlin veranlaßt werden sollten.

Im Sommer 1961 begann ein förmliches Kesseltreiben gegen diese Grenzgänger. Sie wurden in Zeitungen und Versammlungen öffentlich diffamiert und als Verräter und Spekulanten angeprangert. Die Grenzgänger wurden vom Einkauf bestimmter Industriewaren ausgeschlossen und mußten ab 1.8.1961 die Miete und alle öffentlichen Gebühren in DM West bezahlen. Diese Zwangsmaßnahmen wurden durch Ausweisungen vieler Grenzgänger aus ihren Wohnungen und vor allem durch zahlreiche Strafverfahren wegen "illegaler Geldeinfuhr" ergänzt. Trotzdem sank die Zahl der in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger bis zum 13.8.1961 nur um etwa 3.000, fast ebenso viele flohen in dieser Zeit nach West-Berlin.

Durch die gewaltsamen Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13.8.1961 in Berlin wurde den im sowjetischen Machtbereich wohnenden Grenzgängern die weitere Arbeit in West-Berlin unmöglich gemacht. Sie mußten sich bei ihren früheren Betrieben in Ost-Berlin melden oder bei den Arbeitsämtern ihres Wohnsitzes zum Nachweis einer "geeigneten

Tätigkeit" registrieren lassen. Die meisten der ehemaligen Grenzgänger erhielten jedoch keine ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung. Sie mußten "zur Bewährung" schlecht bezahlte schwere körperliche Arbeit in sog. Schwerpunktbetrieben aufnehmen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flüchtlinge" aus der SBZ (x009/131-134): >>... Seit 1946/47 haben Hunderttausenden Deutsche, meist unter Zurücklassung ihrer Habe, in der Bundesrepublik Deutschland sowie West-Berlin Zuflucht gesucht.

Solchen Flüchtlingen wurde seit 1947 nach den zwischen Beauftragten der westdeutschen Länder abgeschlossenen "Segeberger Beschlüssen" (1947) und den "Uelzener Vereinbarungen" (1949) das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Die Aufenthaltserlaubnis wurde an Flüchtlinge erteilt, die wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden (A-Fälle), und solche, denen aus Gründen der Menschlichkeit Asylrecht zuerkannt wurde (B-Fälle). ...

Über die Gesamtzahl der zugewanderten Flüchtlinge liegen keine vollständigen Unterlagen vor, da eine systematische Erfassung erst 1949 einsetzte. Der weitaus größte Teil der Zuwanderer, denen das Asylrecht oder die Notaufnahme verweigert wurde, blieb im Bundesgebiet. Eine Erfassung war nicht möglich.

Daneben sind in großer Zahl Menschen aus der SBZ nach Westdeutschland und nach West-Berlin eingeströmt, ohne die amtlichen Flüchtlingsstellen zu passieren (u.a. kamen bis zum Jahre 1953 rd. 930.000 Personen auf Grund von Zuzugsgenehmigungen der einzelnen Bundesländer, die nur z.T. später im Notaufnahmeverfahren erfaßt wurden).

Für die Zeit von 1945 bis Ende 1951 wird die Zahl der Zuwanderer aller dieser Gruppen mit 931.000 Personen angenommen. Von diesen wurden allein in der Zeit von 1949 bis 1951 allein 492.681 Personen von den amtlichen Flüchtlingsstellen erfaßt.

Seit 1952 (ab 4.2.1952 trat auch in West-Berlin das Bundesnotaufnahmegesetz in Kraft) meldeten sich jeweils innerhalb des halben Jahres nach ihrer Zuwanderung bei den Notaufnahmedienststellen Berlin, Gießen und Uelzen:

Jahr	Anzahl der Sowjetzonenflüchtlinge	Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge (bis 24 Jahre)
1952	182.393	52,6 %
1953	331.390	48,7 %
1954	184.198	49,1 %
1955	252.870	52,4 %
1956	279.189	49,0 %
1957	261.622	52,2 %
1958	204.092	48,1 %
1959	143.917	48,3 %
1960	199.188	48,8 %
01.01.-13.08.1961	<u>195.828</u>	49,1 %
	<u>2.234.687</u>	49,9 %

Die hohe Flüchtlingszahl im Jahre 1953 war eine Folge des Juni-Aufstandes. Mit 47.433 Flüchtlingen im August 1961 wurde abermals ein Höchststand erreicht, wie er seit Jahren nicht verzeichnet wurde.

Unter den Sowjetzonenflüchtlingen befinden sich im Durchschnitt mehr als 60 % im Erwerbsleben stehende Personen. Auch ein beachtlicher Teil der Intelligenz kehrte dem "Ulbricht-Staat" den Rücken. ...

Es ist bezeichnend, daß zwischen 1954 und September 1961 allein 101.167 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe, darunter 24.004 (23,1 %) selbständige Bauern, Tierzüchter, Forstwirte und Gartenbauer geflüchtet sind.

Zur Eindämmung dieser unaufhörlich fortschreitenden Abwanderung wurde im Dezember

1957 - anstatt eines Versuchs zur Besserung der Lebensverhältnisse - eine Verschärfung der Bestimmungen für Vergehen gegen das Paßwesen geschaffen und die Ausgabe von Interzonenpässen für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland bedeutend eingeschränkt. Infolgedessen ist auch die Zahl der Flüchtlinge, die im Interzonenverkehr kamen, ... zurückgegangen.

Das Bundesvertriebenengesetz stellt die "anerkannten Sowjetzonenflüchtlinge" bei allgemeinen Hilfsmaßnahmen den Flüchtlingen gleich. Der Entscheid der Notaufnahmedienststellen über die Aufenthaltserlaubnis wegen "Zwangslage" gilt aber noch nicht als Entscheid über die Zuerkennung der Eigenschaft als "Sowjetzonen-Flüchtling". Hierüber und damit über die Erteilung des Bundes-Flüchtlingsausweises C entscheiden die Flüchtlingsbehörden der Länder. Seit 1954 bis 30.6.1961 wurden insgesamt 457.070 C-Ausweise für 624.817 Personen (einschließlich der darin eingetragenen Kinder bis 16 Jahren) ausgestellt.

Schon vor 1949, mehr noch seitdem war und ist der Strom der Flüchtlinge ein Beweis dafür, daß

1. die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der SBZ die dort herrschende staatskapitalistische Mißordnung ablehnt, und daß

2. Millionen so sehr bedrückt wurden, daß sie ihre Heimat und ihre Existenz preisgaben (von 1952-1961 rd. 2,2 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge).

Die Flut der Flüchtlinge war und ist eine Abstimmung mit den Füßen gegen den Kommunismus.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Flüchtlingsvermögen" in der SBZ (x009/134-135): >>Das Vermögen von Flüchtlingen wurde nach Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17.7.1952 beschlagnahmt. Am 11. Juni 1953 ist diese Verordnung aufgehoben worden. Der Flüchtling, der die SBZ nach dem 10.6.1953 verlassen hatte, konnte seitdem einen Verwalter für die zurückgelassenen Vermögenswerte einsetzen. Tat er das nicht, war vom Staatlichen Notariat ein Abwesenheitspfleger oder in Sonderfällen vom Rat des Kreises ein Treuhänder zu bestellen.

Nach dem Inkrafttreten der Neufassung des Paßgesetzes im Dezember 1957 wurden die von den Flüchtlingen eingesetzten Verwalter von den Behörden der SBZ häufig nicht mehr anerkannt. ... Das Flüchtlingsvermögen wurde ... unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt.

Nach internen Dienstanweisungen hat der Treuhänder die zurückgelassenen beweglichen Vermögenswerte zu verkaufen. Der Erlös des meist zu Schleuderpreisen verkauften Flüchtlingsvermögens sowie etwaige Guthaben bei Kreditinstituten werden an die Staatskasse abgeführt.

Grundstücke, mit gelegentlicher Ausnahme von Einfamilienhäusern, werden nicht verkauft, sondern durch den Rat des Kreises, VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, verwaltet. Die Treuhandverwaltung wird in das Grundbuch eingetragen. Alle Grundstücke einer Treuhandverwaltung werden gemeinsam verwaltet und abgerechnet. Von diesem Gesamtkonto, auf das die Einnahmen aus sämtlichen Grundstücken eingezahlt werden, werden die öffentlichen Lasten und Zinsen von Hypotheken staatlicher Kreditinstitute bezahlt. Ansprüche privater Hypothekengläubiger werden im allgemeinen nicht befriedigt.

Betriebe von Flüchtlingen werden "volkseigenen" Betrieben oder Produktionsgenossenschaften zur Nutzung überlassen oder in einem Konkursverfahren aufgelöst.<<

14.08.1961

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. August 1961 über den Bau der Berliner Mauer (x303/152): >>... Die vom Regime der Sowjetzone mit der Rückendeckung des Warschauer Paktes in Berlin angeordneten Maßnahmen haben der ganzen Welt mit einem Schlag klar gemacht, wie explosiv und unmittelbar die Gefahr geworden ist.

Durch die Straßen Ostberlins rollten am Sonntag wie beim Volksaufstand 1953 die Panzer der

Sowjetarmee, (um) die Bevölkerung einzuschüchtern und ihr die nackte Gewalt der Waffen anzudrohen.

Ulbricht, seine Kumpane und Chruschtschow wissen, daß sie Berlin in ein Gefängnis der Unterdrückten verwandelt haben.<<

15.08.1961

Berlin: Die 3 westlichen Stadtkommandanten protestieren am 15. August 1961 gegen die Abschneidung Ost-Berlins und gegen den Bruch der Vier-Mächte-Vereinbarung.

Die Stacheldrahtverhaue werden durch Mauern ersetzt. DDR-Wachposten beschießen Flüchtlinge (x009/522).

16.08.1961

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 16. August 1961 den Bau der Berliner Mauer (x155/87-88): >>Mit tiefster Empörung hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen den Anschlag der sowjetzonalen Handlanger Moskaus gegen die menschliche Freiheit in Mitteldeutschland und Ost-Berlin verfolgt.

Die 13 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, die selbst Opfer einer Verletzung der Menschenrechte sind und von denen nur der größere Teil das Glück gehabt hat, in den Bereich der Freiheit zu gelangen, können aus eigenem leidvollen Erleben das ganze Ausmaß des Unglücks ermessen, das die Deutschen in Berlin und der Zone betroffen hat. ...<<

23.08.1961

Berlin: 6 weitere Sektorenübergänge werden am 23. August 1961 geschlossen.

Die sowjetischen Truppen fordern, mindestens 100 m Abstand zur Sektorengrenze zu halten. Die westlichen Besatzungsmächte bringen daraufhin Geschütze und Panzer an der Sektorengrenze in Stellung (x009/522).

27.08.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow droht am 27. August 1961 mit der absoluten Blockade West-Berlins, falls der Westen wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR beschließen sollte.

17.09.1961

BRD: Bei der 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,3 %, SPD = 36,2 %, FDP = 12,8 %, GDP = 2,8 %, Sonstige = 2,9 %.<<

22.10.1961

Ost-Berlin: US-Militärpolizisten erzwingen am 22. Oktober 1961 die unkontrollierte Einfahrt eines hohen nordamerikanischen Diplomaten nach Ost-Berlin.

27.10.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow berichtet am 27. Oktober 1961 während des XXII. Parteitages der KPdSU über die Geständnisse bei Stalins Säuberungen (x299/93, x191/142):

>>... Ums Leben kamen tausender unschuldige Menschen. ... Den Tod fanden zahlreiche Partei- und Staatsfunktionäre und führende Militärs. ...

Man überzeugte sie, und zwar mit bestimmten Methoden, daß sie entweder deutsche oder englische, oder sonstwelche Spione seien. ...<<

>>... Selbst wenn man diesen Leuten mitteilte, die Anklage wegen Spionage sei zurückgezogen, beharrten sie selber auf ihren früheren Aussagen, da sie es vorzogen, bei den falschen Aussagen zu bleiben, damit die Folterungen nur schneller ein Ende nehmen, damit der Tod nur schneller eintrete.

Das also ist Personenkult!<<

30.10.1961

UdSSR: Der XXII. Parteitag der KPdSU beschließt am 30. Oktober 1961, Stalins Mumie aus dem Mausoleum am Kreml zu entfernen.

14.11.1961

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. November 1961 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die FDP setzt jedoch bereits während der Koalitionsverhandlungen den vorzeitigen Rücktritt Adenauers durch.

19.11.1961

Ost-Berlin: An der Berliner Sektorengrenze beginnt am 19. November 1961 der Bau einer 2. Panzersicherungsmauer (x009/523).

22.11.1961

Großbritannien: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (48/1961) berichtet am 22. November 1961: >>>**ADOLF HITLER - WEDER HELD NOCH SCHURKE?**

Der britische Historiker Alan John Percivale Taylor hat in einer provozierenden Studie "Die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs" nahezu sämtliche Thesen über den Kriegsausbruch von 1939 angegriffen, die Westmächte der Mitschuld am Zweiten Weltkrieg bezichtigt und Hitler von der Kriegsschuld weitgehend entlastet.

Dadurch ist der Pazifist und Sozialist Taylor in den Ruf gekommen, der unbekümmertste Apologet Hitlers seit dem Ende des Dritten Reiches zu sein. Der Gütersloher Sigbert Mohn Verlag will Anfang nächsten Jahres Taylors Studie, die seit ihrem Erscheinen in England zu den umstrittensten zeitgeschichtlichen Werken des Jahres 1961 zählt, in deutscher Fassung vorlegen.

Adolf Hitler hat keineswegs den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verschuldet. Wider seinen Willen schlitterte er am 1. September 1939 in den Weltbrand, an dem er nicht mehr Schuld trug als die anderen europäischen Staatsmänner.

Denn der großdeutsche Führer war kein Unhold, sondern ein rational handelnder Staatsmann, der nur das natürliche Schwergewicht Deutschlands in Europa zur Geltung bringen wollte und dessen außenpolitische Taten erklärbar sind.

Deshalb haben auch kein weltanschaulicher Vorsatz, kein Traum vom deutschen Herrenmenschen, kein nationalsozialistisches Eroberungsprogramm die Menschheit in den Zweiten Weltkrieg gestürzt, sondern einzig die Torheit der Westmächte, polnischer Starrsinn und die Ungeschicklichkeit Hitlers, "am 29. August (1939) ein diplomatisches Manöver begonnen zu haben, das er am 28. August hätte einleiten sollen".

Fazit: "Dies ist eine Geschichte ohne Helden, vielleicht sogar ohne Schurken."

Mit derart provozierenden Thesen hat der britische Historiker Alan J. P. Taylor, Dozent für neuere Geschichte am Magdalen College der Universität Oxford, ein Buch ausgestattet, das demnächst auch in einer deutschen Ausgabe erscheinen wird und das wie kein zweites Buch des Jahres 1961 die Zunft der westlichen Historiker aufgeschreckt hat.

Taylor kann mithin sicher sein, daß seine kecke Arbeit über "die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs" zum Weltgespräch werden wird. Denn mit seiner "höchst originellen und durchdringenden Überprüfung der diplomatischen Geschichte der Zwischenkriegsjahre" ("Sunday Telegraph") hat er als erster versucht, was bis dahin kein Historiker gewagt hat: die Entdämonisierung Hitlers.

Während indes die Mehrheit der britischen Presse das Taylor-Buch lobte, haben westdeutsche Zeitungen gegen den Ketzer Taylor fast geschlossen Front gemacht.

"Was mag den renommierten Historiker Taylor nur bewogen haben", klagte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "mehr Irrtümer als Wahrheiten auszusprechen." Die "Süddeutsche Zeitung" protestierte: "Das geht entschieden zu weit", während "Christ und Welt" mahnte, "daß die Deutschen aus mancherlei Gründen nicht gut daran täten, es (das Buch) sich zu eifrig und unkritisch zu eigen zu machen".

Am heftigsten polemisierte der remigrierte Historiker und Politologe Golo Mann gegen den

"dreisten Unsinn" eines Taylor, "der immer seine Kollegen verachtete, der immer klüger sein wollte als sie und die Geschichte selber". Mann: "Das sind keine Ansichten, die man unter Historikern widerlegen könnte. Es sind grobe Ungezogenheiten."

So harter Vokabeln bedurften offenbar die deutschen Rezensenten, um das Paradox bewältigen zu können, daß die gewagteste Hitler-Arbeit ausgerechnet von dem Manne stammt, der als der deutschfeindlichste britische Historiker gilt.

Taylor's "schnöde Einhundertachtzig-Grad-Drehung" (Golo Mann) hat in der Tat deutsche Urteile und Vorurteile über den 55jährigen Alan John Percivale Taylor ramponiert, der seit Jahren nicht müde wird, die Deutschen mit boshaften und hyperkritischen Kommentaren zu ärgern.

Sein Konzept: "Es gibt zu viele Deutsche, Deutschland ist zu stark. Man vereinige alle Deutschen, und ihr Schatten wird Europa verdunkeln. Warum also sollten wir die deutsche Teilung nicht als einen Glücksfall hinnehmen und es dabei bewenden lassen?"

Die öffentliche Wirkung solcher Sprüche ist um so größer, als der elegant formulierende Historiker Taylor zugleich als politischer Entertainer auftritt, dessen exzentrische Einfälle sowohl im linkssozialistischen "New Statesman" als auch im erzkonservativen "Daily Express" Verbreitung finden. Philosophiert Taylor: "Wir sind alle Sklaven von Dr. Adenauer."

Aber gerade diese Verbindung zwischen Historiker und Entertainer widerspricht deutschen Vorstellungen von einem Gelehrten so drastisch, daß Taylor's bundesrepublikanische Kritiker nur allzu bereitwillig argwöhnen, ein solcher Historiker brauche nicht ernst genommen zu werden.

Dabei machen seine Werke über die diplomatische Geschichte Mitteleuropas:

- "Deutschlands erste Kolonialansprüche" (1938),
- "Der Gang der deutschen Geschichte" (1945),
- "Die Habsburger Monarchie" (1948),
- "Der Kampf um die Herrschaft in Europa" (1954),
- "Bismarck" (1955),

und seine oft wegen Überfüllung geschlossenen Hörsäle das Urteil des Londoner "Observer" glaubhaft, A. J. P. Taylor sei "einer der größten, wenn nicht der größte seines Faches".

Dieser "einzige unter den schreibenden englischen Historikern, der den Bogen von Gibbon und Macaulay spannen kann" ("New Statesman"), weiß durch sprachliche Eleganz und faszinierende Logik die moderne Geschichte des deutschsprachigen Europa lebendig und für britische Insulaner faßbar zu machen - mögen seine Urteile auch den Deutschen oft ungerecht erscheinen.

Was indes das Renommee des Oxford -Historikers immer wieder unterminiert, sind die wilden Zuckungen eines politischen Temperaments, dem die kühle Ratio des Geschichtsschreibers oft zum Opfer fällt. Taylor fühlt sich uneingestanden als Nachfahre der "Trouble Makers" (Unruhestifter), jener britischen radikal-linksliberalen Dissenters in Politik und Gesellschaft, die wider die herrschende Meinung und Regierung aufbegehrt und denen Taylor sein aufschlußreichstes, weil zustimmendstes Buch gewidmet hat.

Als Englands Trouble Maker zieht auch er durch Politik und Geschichtsschreibung: Ob er auf den windigen Straßen Oxfords für unpopuläre Labour-Kandidaten agitiert, die Reichstagsbrand-Thesen des SPIEGEL verteidigt oder in den Reihen der Atombombengegner marschiert - immer ist Taylor bei den Dissenters zu finden.

Zudem hat sich der Historiker Taylor eine an Tolstoi erinnernde Geschichtsphilosophie zugelegt, die ihm die kritische Überprüfung traditioneller Vorstellungen erleichtert, ja zum Gebot macht.

Nichts in der Geschichte - so lehrt Taylor - ist vorgeplant, alle Situationen entstehen durch Zufall und sind immer neu. Daher planen auch die Staatsmänner niemals große Ereignisse im

voraus; tun sie es doch, dann verwirklichen sich ihre Pläne nicht. Das Genie des großen Staatsmannes besteht gerade darin, vorwärts zu springen, ohne zu schauen - mit anderen Worten: Situationen, die er vorfindet, auszunutzen und weiterzuentwickeln.

Kein westlicher Historiker liest daher die Memoiren der Staatsmänner und die amtlichen Akten mißtrauischer als Taylor; immer ist er geneigt, die Interpretationen der auf ihren Nachruhm bedachten Staatsmänner mit einem Adjektiv zu versehen, das in allen Büchern Taylors wiederkehrt: "fraudulent" - betrügerisch.

Über Bismarck schrieb er einmal ironisch, man würde die Politik des Kanzlers viel besser verstehen, hätte er nicht selber seine Politik so ausführlich erklärt. Am Beispiel dieses "größten Meisters der Diplomatie der modernen Geschichte" demonstrierte Taylor, wie sehr seiner Meinung nach Staatsmänner ohne bewußte Mission und ohne weitreichende Pläne agieren - einer Situation ausgeliefert, die plötzlich da ist und sich keineswegs unvermeidlich aus einer Vorgeschichte ergibt.

So lag es denn in der Natur seiner skeptischen Geschichtslogik, daß Taylor schließlich auch auf jene Gestalt stieß, der nahezu alle Historiker die geradlinigste und brutalste Planmäßigkeit zuschreiben: den braunen Reichsgründer und Kriegsbrandstifter Hitler.

Die Frage der Kriegsschuld Hitlers reizte Taylor um so mehr, als die meisten Historiker die Akten über den Fall "Kriegsausbruch 1939" längst geschlossen haben. Für sie steht fest, daß Hitler jahrelang den Krieg vorbereitet und ihn dann folgerichtig auch entfesselt hat.

Taylor aber fand, "wieviel armseliger wir Historiker dastehen als unsere Vorgänger, die die Ursprünge des Ersten Weltkriegs untersuchten". Eine Generation nach Versailles - so argumentiert er - hätten von den sechs am Kriegsausbruch von 1914 beteiligten Großmächten fünf ihre diplomatischen Akten veröffentlicht, von den fünf Großmächten der Krise von 1939 aber bis vor kurzem nur zwei.

Bleiben nur einige dürftige Memoiren und die Nürnberger Prozeßakten. Taylor: "Die Benutzung dieses Materials ist für den Historiker gefährlich. Die Dokumente (von Nürnberg) wurden nicht nur ausgewählt, um die Kriegs-Schuld der Angeklagten zu demonstrieren, sondern auch die der anklagenden Mächte zu verschleiern."

Das brüchige Material hatte freilich die Historiker nicht daran gehindert, schon kurz nach Kriegsende noch heute maßgebliche Darstellungen zu veröffentlichen. Der Taylor-Mentor Sir Lewis Namier schloß sein grundlegendes Werk "Diplomatisches Vorspiel 1938/39" schon 1946 ab und stützte sich dabei vorwiegend auf die Farbbücher der kriegführenden Staaten.

Solche offenkundigen Mängel dienen Taylor zur moralischen Rechtfertigung einer "akademischen Übung", mit der er forsch alle bisherigen Darstellungen über den Kriegsausbruch von 1939 in Frage zu stellen versucht.

Formuliert Taylor listig: "Die Kriegsschuld kann man dem Nihilismus Hitlers zuschreiben anstatt den Fehlern und dem Versagen der europäischen Staatsmänner. Menschliche Fehler bestimmen jedoch die Geschichte gewöhnlich mehr, als es menschliche Bösartigkeit tut. Zumindest ist dies eine neue Lehre, wertvoll genug, um sie auch einmal zu entwickeln und sei es nur als eine akademische Übung."

Für ihn ist Hitler ein ganz normaler Staatsmann, der lediglich sein Land zur beherrschenden Macht Europas machen wollte und dabei in den Krieg schlitterte, freilich nicht, weil er den Krieg herbeisehnte, sondern weil er die (durch die Londoner Polen-Garantie eingeschränkten) Manövriermöglichkeiten der britischen Außenpolitik überschätzte.

Zwar räumt Taylor ein, Hitler habe "im Prinzip" die europäischen Staatsmänner an Bösartigkeit weit übertroffen, aber in seinen außenpolitischen Taten sieht der britische Chronist deutliche Spuren von Logik und gesundem Menschenverstand.

Als sei der Braunauer nur ein jüngerer Bismarck gewesen, schildert Taylor seinen Hitler als einen Meister der Improvisation. Wie er 1932/33 gewartet habe, bis ihm die innenpolitische

Macht zufiel, so habe er auch in der Außenpolitik auf die schwachen Nerven seiner Gegenspieler spekuliert, in der immer wieder bestätigten Hoffnung, die Westmächte würden ihm seine Wünsche schon angesichts der wachsenden deutschen Macht erfüllen.

Taylor bietet viel Scharfsinn und Aktenkenntnis auf, um zu beweisen, daß die Krisen der Vorkriegszeit fast immer ohne anfängliches Zutun Hitlers entstanden:

- Der gewaltsame Anschluß Österreichs im März 1938 "wurde von Schuschnigg provoziert, nicht von Hitler. Es gab keine deutschen Vorbereitungen, weder militärisch noch diplomatisch".

- Die Sudetenkrise im Sommer 1938 war "nicht Hitlers Werk, er beutete sie nur für sich aus", unterstützt und ermuntert von der britischen Diplomatie.

- Die Besetzung der Rest-CSR im März 1939 war nicht von langer Hand vorbereitet, sondern "das unvorhergesehene Nebenprodukt von Entwicklungen in der Slowakei"; Hitler wollte dem drohenden Einmarsch ungarischer Truppen im slowakischen Unruhegebiet zuvorkommen.

Taylor bezweifelt nicht nur, daß Hitler in seiner Außenpolitik nach einem fixierten Terminkalender vorgegangen ist, er demoliert auch eine liebgewordene britische Legende: die Mär, Englands Beschwichtigungspolitikern hätten zunächst an die friedlichen Absichten Hitlers geglaubt, seien durch die braune Aggression enttäuscht worden und hätten schließlich zum schärfsten Widerstand gegen Hitler aufgerufen.

Alan Taylor weist nach, daß Premier Chamberlain und sein Außenminister Halifax von Anfang an bereit waren, Hitlers Forderungen zu erfüllen, bevor sie der NS-Diktator überhaupt artikuliert hatte. So sei die Sudetenkrise "eine Krise britischer Macht" gewesen, das Abkommen von München folgerichtig ein Sieg Chamberlains.

"Die britische Tschechen-Politik", formuliert Taylor, "gründete sich auf die Überzeugung, daß Deutschland aufgrund des nationalen Selbstbestimmungsrechts einen moralischen Anspruch auf die sudetendeutschen Gebiete hatte. Die britische Regierung wurde nicht allein aus Kriegsfurcht dazu getrieben, die Zerstückelung der Tschechoslowakei anzuerkennen."

Daher sei das Münchner Abkommen "ein Triumph der britischen Politik (gewesen), die genau auf dieses Ziel (Abtretung des Sudetenlandes) hingearbeitet hatte, ein Triumph für jene, die mutig die Grausamkeit und Kurzsichtigkeit von Versailles angeprangert hatten".

Taylor kann auch durch Vorlage neuer britischer Dokumente belegen, daß Chamberlain und Halifax noch nach dem Einmarsch Hitlers in Prag bereit waren, die Appeasement-Politik fortzusetzen. Nur Hitlers Nervenkrieg in der Danzig-Frage und das Polen-Bündnis Englands hätten Britannien die außenpolitische Elastizität geraubt, der es bedurft hätte, den Krieg zu verhindern.

Derartige Entdeckungen verleiten Taylor nun aber dazu, die Kriegsschuld des September 1939 von den Schultern Hitlers zu nehmen und sie auf drei Männer neu zu verteilen - auf den polnischen Außenminister Beck, Hitler und den britischen Premierminister Neville Chamberlain. Historiker Taylor sieht das so:

Obwohl Chamberlain im Grunde seines Herzens die Forderungen Hitlers auf Rückgabe Danzigs an das Reich und auf eine Volksabstimmung im polnischen Korridor gebilligt habe, seien ihm moralisch die Hände gebunden gewesen durch den Bündnisvertrag mit jenem Polen, das zu keiner Konzession bereit gewesen sei. Polens Beck habe jegliche Verhandlung abgelehnt.

Das Problem - argumentiert Taylor weiter - sei also gewesen, wer die Polen zu Verhandlungen mit Hitler hätte bewegen können. England war durch das Bündnis gebunden; Chamberlain habe nun die Amerikaner einschalten wollen, um Beck Konzessionen abzurufen, doch vergebens.

Da sei Chamberlain aus seiner Verlegenheit durch Hitler befreit worden, der am 29. August von sich aus Verhandlungen mit Polen für den 30. August vorgeschlagen habe - allerdings so ultimativ und kurzfristig, daß die Polen trotz britischer Ermunterung ihren starren Kurs fortge-

setzt hätten.

In diesem Augenblick aber habe Hitler seinen entscheidenden Fehler begangen: Als die "großmannsüchtigen" Polen am 30. August nicht zu den Verhandlungen erschienen und die Briten darüber empört waren, habe Hitler das britisch-polnische Bündnis für derart ruiniert gehalten, daß er den Krieg gegen das vermeintlich isolierte Polen wagen zu können glaubte.

"Der Krieg von 1939, weit entfernt davon, vorsätzlich vom Zaun gebrochen worden zu sein", resümiert Taylor, "war ein Unfall, das Ergebnis diplomatischer Fehlleistungen auf beiden Seiten."

Nun ist freilich evident, daß der Zweite Weltkrieg nicht zuletzt deshalb ausbrach, weil Hitler glaubte, Großbritannien werde die Polen ähnlich im Stich lassen wie 1938 in der Sudetenkrise die Tschechen. Aber Taylor verkennt die Entschlossenheit Hitlers, die polnische Frage "so oder so" (Hitler) zu lösen - mit Englands diplomatischer Assistenz oder ohne sie.

Taylor übersieht auch, daß es Hitler war, der das "polnische Problem" provoziert hatte, Hitler, der den Nichtangriffspakt mit Warschau gekündigt, Hitler, der die Krise mit Greuelmeldungen über die angebliche Verfolgung Volksdeutscher in Polen angeheizt hatte.

Spätestens seit dem 23. Mai 1939, nach einer Zusammenkunft mit seinen Spitzenmilitärs in der Reichskanzlei, war Hitler fest entschlossen, "Polen bei der sich nächstbietenden Gelegenheit anzugreifen" - so Hitler-Adjutant Schmudt in einer geheimen Aufzeichnung.

Bereits am 23. Mai 1939 und nicht erst - wie Taylor annimmt - am 30. August hatte Hitler seine "Schiffe verbrannt", wie er selber sagte. Der Krieg gegen Polen war beschlossene Sache. Bereits Anfang Mai hatte das OKW mit den Studien am "Fall Weiß" (Polen-Krieg) begonnen, am 23. August setzte Hitler den genauen Angriffstermin fest: 26. August, morgens 4.30 Uhr.

Gewiß, Hitler zögerte dann noch einmal am 25. August, weil Mussolini zurückscheute und Chamberlain das Bündnis mit Polen nochmals bekräftigte. Aber der Angriff wurde nur auf den 1. September verschoben, um zu verwirklichen, was Hitler schon am 23. Mai gefordert hatte: "Es wird Krieg geben. Unsere Aufgabe ist, Polen zu isolieren. Der Erfolg der Isolierung wird entscheidend sein." Dann aber sollte, wie Generalstabschef Halder notierte, "alles automatisch abrollen".

Das Polen-Angebot Hitlers vom 29. August war daher nur ein diplomatisches Manöver, um zwischen die kompromißlosen Polen und die verhandlungsbereiteren Briten "einen Keil zu treiben" (Halder am 26. August). Taylor ignoriert, daß Hitlers Winkelzüge ausschließlich die Briten verwirren sollten, denn nicht einen Augenblick glaubte der "Führer", daß die Polen auf seine verschwommenen Offerten eingehen würden.

Hitler-Deuter Taylor kann denn auch die simpelste und doch wichtige Frage nicht beantworten, was Hitler bewogen haben mag, knapp 60 Stunden nach seinem Polen-Angebot ohne jedes Anzeichen eines bevorstehenden polnischen Angriffs in Polen einzufallen.

Taylors kurzatmige Beweisführung offenbart, wie fragwürdig der Trick ist, mit dem der britische Historiker den harmlosen Staatsmann Hitler konstruiert: Er hat vorsichtig, fast ängstlich den diplomatisch-außenpolitischen Teilbereich aus dem Gesamtkomplex Hitler herausgeschnitten und zeigt damit zugleich sein mangelndes Verständnis des braunen Totalregimes.

Taylor muß nicht selten zu gewagten Konstruktionen Zuflucht nehmen, um die zahlreichen Kriegsbekundungen Hitlers vor dem September 1939 wegzudisputieren. Das alles sind, meint er, "Wachträume" gewesen, kaffeehauswürdige Sprüche Hitlers, die ohne Relation zur Wirklichkeit gewesen seien. Taylor wattiert mit diesem "day-dreaming" manches dokumentarische Loch in seiner Argumentation aus.

Auch verschweigt oder verstümmelt er wesentliche Aktenstücke über die Mißhandlung des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg in Berchtesgaden im Februar 1938 und über den unmenschlichen Empfang des siechen CSR-Präsidenten Hacha in Berlin, ebenso manche Dokumente aus dem AA, die eine andere Beurteilung der Besetzung Prags im März 1939 er-

lauben.

Ist Taylor auch trotz "methodischer und unfehlbarer Logik", die ihm das "Literary Supplement" der "Times" bescheinigte, die Entdämonisierung Hitlers noch nicht geglückt, so sind ihm Entdeckungen gelungen, die künftige Historiker zu mancher Änderung am herkömmlichen Bild der Vorkriegsgeschichte veranlassen werden.

Das Echo unter britischen Historikern hat längst den Warnruf des grimmigen Taylor-Gegners Golo Mann übertönt, mit dem Briten höre doch "alles Diskutieren auf" Golo Mann irrt: Mit dem Ketzerwerk Taylors hat das Diskutieren über Adolf Hitler wieder begonnen.

"Ich habe versucht", kommentierte Taylor seine "akademische Übung" nicht ohne Augenzwinkern, "die Geschichte so zu erzählen, wie sie möglicherweise einigen zukünftigen Historikern erscheinen wird. Vielleicht zeigt das Ergebnis, wie sehr die Historiker vorbeitreffen oder irren."<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet später über den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (x878/...): >>**Die Ursprünge des 2. Weltkriegs**

Im Jahre 1961 veröffentlichte A(lan), J(ohn), P(ercivale) Taylor ein Buch über die "Ursprünge des 2. Weltkriegs" (The Origins of the Second World War), das in Großbritannien heftigste Diskussionen auslöste.

Es liest sich wie der Kontrapunkt zum zeitgleich 1961 erschienen Buch von Fritz Fischer "Griff nach der Weltmacht" über die deutsche Kriegsschuld am 1. Weltkrieg. Zwei Historiker, die die damals gängige, vorherrschende Meinung zur Politik Ihrer Nationen zum Beginn des 1. und 2. Weltkriegs massiv in Frage stellten und weit über den Kreis der Fachhistoriker hinaus aufwühlende Kontroversen auslösten. Fritz Fischer setzte sich in Deutschland durch, Taylor verlor seinen Lehrstuhl an der Universität Oxford in England.

Heute wird Fritz Fischer wieder relativiert und seine These zwar als "mutig" aber einseitig weitgehend verworfen. Taylors Buch hingegen scheint - soweit ich sehe - vergessen zu sein. Dazu muß man wissen, daß A. J. P. Taylor als Historiker in England einer der wirkungsmächtigsten Publizisten der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts war, der in Rundfunk und Fernsehen ein Massenpublikum erreichte und fand.

Seine Vorlesungen in Oxford waren so geschätzt, daß sie im größten vorhandenen Saal schon morgens um 8:30 abgehalten wurden, um die Hörerzahl zu begrenzen. Sein Buch hatte bis 1965 6 (sechs) Auflagen. (Seitenangaben nach dieser 6. Aufl.) Als Folge der Kontroverse verweigerte ihm die Universität Oxford 1964 die Erneuerung seiner Professur (lecturer).

Was war so provokant am Buch von Taylor? Er widersprach einem Geschichtsbild, das für Politik und Öffentlichkeit in Großbritannien, aber auch für die anderen Siegermächte zum Vorlauf und Ausbruch des 2. Weltkriegs feststand. Danach hatte eine Gruppe verbrecherischer Nazi-Größen, Militärs, Ministerialbeamter, Wirtschaftsführern etc., allen voran Hitler, den Krieg zielstrebig vorbereitet, um Anfang September 1939 mit dem Angriff auf Polen schließlich den 2. Weltkrieg zu beginnen.

Sie waren In Nürnberg nach 1945 als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und (meist) verurteilt worden. Damit waren die Siegermächte von jedweder (Mit-)Verantwortung entlastet. Taylor stellte diese Selbstgewißheit insbesondere der britischen Siegermacht entschieden in Frage.

Argumentation A. J. P. Taylors

Vorausgeschickt werden muß, daß Taylor ein anerkannter Fachhistoriker der Außenpolitik der europäischen Großmächte (Diplomatiegeschichte) und der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts war. Er war ein hervorragender Kenner insbesondere der britischen Außenpolitik und der einschlägigen Aktenlage. Nicht ohne Grund war er bis zu seinem "Rauswurf" 1964 Professor an der Eliteuniversität Oxford. Nur stichwortartig kann seine Argumentation,

die er über knapp 300 Seiten ausbreitet, wiedergegeben werden.

Einiges von dem, was Taylor vorbringt, ist Allgemeingut. Im Versailler Friedensvertrag von 1919 sieht auch er eine unbefriedigende Friedensregelung, die früher oder später zum Einsturz kommen mußte. Da Deutschland als Einheit erhalten blieb und nicht geteilt wurde, war sein Wiederaufstieg aufgrund des wirtschaftlichen und demographischen Potentials unausweichlich. Die Siegermächte Frankreich und Großbritannien waren kräftemäßig nicht in der Lage, die mit großen Opfern erkämpfte dominante Position von 1919 aufrecht zu erhalten, zumal die Vereinigten Staaten, die letztlich den Ausschlag für Ihren Sieg gegeben hatten, sich schnell wieder aus Europa zurückzogen, und die Sowjetunion weitgehend außen vor blieb.

Zudem waren sich London und Paris oft nicht einig: London neigte eher zu Zugeständnissen an Deutschland als Frankreich, das Deutschland dauerhafte, um nicht zu sagen endgültige Fesseln anlegen wollte. Mit der Rheinlandbesetzung Februar 1936 endete schließlich das Versailler Vertragsregime. Hitler stieß auf keinen nennenswerten Widerstand der Westmächte, als er die Wehrmacht dort einrücken ließ. Dasselbe gilt danach für den Anschluß Österreichs März 1938 und auch für das Münchner Abkommen September 1938, das die Zerschlagung der Tschechoslowakei besiegelte. Hitler schritt von einem Erfolg zum anderen und machte die Erfahrung, daß die Westmächte (einschließlich Italiens) in der Krise stets nachgaben.

Mit der Darstellung des Ablaufs und der Komponenten dieser Krisen entfernt sich Taylor aber in drastischer Weise vom üblichen Narrativ, das Hitler als Aggressor zeigt, der mit Bluff, Erpressung, Drohungen und Gewaltanwendung planmäßig und skrupellos seine Ziele durchsetzte.

Taylor sieht in Hitler vielmehr einen Machtpolitiker, der die Krisen, die jedenfalls in Österreich und der Tschechoslowakei im Wesentlichen ohne sein Zutun entstanden seien, zu seinen Gunsten nutzte. Er sei dabei nicht anders vorgegangen als andere zeitgenössische Staatsmänner. Auch die Politik westlicher Politiker habe letztlich auf Gewalt beruht: Frankreichs Politik auf der Armee, die britische auf der Seemacht. Wenn westliche Politik moralisch überlegener erschienen sei, dann weil sie auf die Bewahrung des Status quo gerichtet gewesen sei, die Politik Hitlers auf dessen Revision (S. 71).

Die Methode Hitlers sei auch nicht Aggression sondern Geduld gewesen. Er habe gewartet, bis die Krise sich entfaltete, bis sich eine Gelegenheit bot. Stets habe er gewartet, daß ihm London, Paris oder auch Mussolini/Italien Lösungen der Krise anboten. Intuitiv habe er erfaßt, daß weder die führenden Politiker Großbritanniens noch Frankreichs ihre "kostbare", und mühsam errungene Position als imperiale Siegermächte des 1. Weltkriegs mit einem größeren kriegerischen Konflikt aufs Spiel setzen oder schwächen wollten.

Stets hätten sie nach Möglichkeiten gesucht, die zum Teil als legitim angesehenen Ansprüche Hitlers auf einigermaßen verträgliche Weise zu befriedigen. Hitler stellte keine präzisen Forderungen, er wartete auf Vorschläge und Konzessionen, um dann noch mehr zu verlangen. Hitler habe je nach Lage agiert. Er sei ein Meister des Wartens gewesen.

Solange er das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung in Österreich oder den Sudeten einforderte, hatte er ein Prinzip des Versailler Vertrags auf seiner Seite. Versailles hatte das Selbstbestimmungsrecht allen Völkern zugesprochen - außer den Deutschen:

Das österreichische Parlament hatte 1919 einstimmig für den Anschluß an das Deutsche Reich votiert, was in den Versailler Verträgen dann verboten wurde. Die dreieinhalb Millionen Deutschen in Böhmen/Mähren hatte niemand gefragt, ob sie tschechoslowakische Staatsbürger werden wollten. Die Trennung Ostpreußens vom Reich durch den polnischen Korridor und die Lage Danzigs waren in Deutschland durchweg als unerträglich abgelehnt worden.

Die Revision des Versailler Vertrags wurde von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen mitgetragen. Das wußte man in London und Paris. Man war beunruhigt und fragte sich, wie man die sich abzeichnenden und zuspitzenden Krisen/Konflikte entschärfen könnte.

Hitler habe auch keinen sog. Masterplan gehabt. Er ergriff - so Taylor - die Chancen wie sie sich ihm darboten. Das sog. Hoßbach-Protokoll (5. November 1937), das vielfach als Beleg für Hitlers Angriffspläne herangezogen wird und in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen eine herausragende Rolle spielte, wird z.B. von Taylor als irrelevant weil bedeutungslos zurückgewiesen (S. XIX). Desgleichen die angeblich zielstrebige Aufrüstung Deutschlands: Deutschland habe in den letzten Friedensjahren 1938-1939 rund 15 % des Bruttosozialprodukts für Rüstung ausgegeben, Großbritannien genauso viel.

Nach München sei die deutsche Rüstung sogar zurückgefahren worden. Zu Beginn des Krieges habe Deutschland nicht mehr Jagdflugzeuge, Bomber und Panzer gehabt als Großbritannien und Frankreich zusammen. "As usual, Hitler was sought to have planned and prepared for a great war. In fact, he had not". ("Wie üblich nahm man an, Hitler habe einen großen Krieg geplant und vorbereitet. Tatsache ist, er tat es nicht.") Taylor bekräftige diese Aussage nochmals 1965 im Vorwort der 6. Auflage, nachdem er seine Professur in Oxford verloren hatte (S. XVII).

Hitlers politischer Instinkt, mit dem er sich vorsichtig und abwartend von Erfolg zu Erfolg gehandelt habe, sei durch München korrumpiert worden. Danach habe er geglaubt, mit Bluff, Einschüchterungen, Drohungen und gekonnt orchestrierten Nervenkriegen weitere Erfolge einfahren zu können. Schließlich hatte man in London und Paris das Münchner-Abkommen als großen Erfolg und Triumph der Appeasement-Politik gefeiert.

Insbesondere nach Abschluß des Hitler-Stalin Paktes vom 23. August 1939 sei Hitler davon ausgegangen, daß London und im Gefolge Paris es nicht darauf ankommen lassen würden, einen großen Krieg zu riskieren, wenn er versuchen würde, die Danzig- und Korridorfrage gewaltsam zu lösen. Daß es überhaupt zu einem deutsch-sowjetischen Pakt kam, lastet Taylor der dilatorischen und streckenweise amateurhaften Politik Londons an, das seit Monaten ebenfalls mit Moskau verhandelt hatte.

Letztlich sei eine Lösung der Danzig- und Korridorfrage an der sturen Haltung Polens gescheitert, das weder zu Konzessionen gegenüber Deutschland noch der Sowjetunion (Durchmarsch-Recht für sowjetische Truppen - nur so konnten sie in den Konflikt eingreifen) bereit gewesen sei. London habe sich durch die Garantie für Polen zum Gefangenen Warschaus gemacht. London habe nicht entschieden genug bei Hitler interveniert, um ihm die eigene Entschlossenheit klar zu machen. Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, habe mit seiner deutschfreundlichen Haltung Hitler vielmehr in der Annahme bestärkt, London würde auch dieses Mal zurückweichen.

Mit der Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939, gefolgt von der Frankreichs, habe London einen Krieg begonnen, in dem es Polen nicht effektiv, d.h. militärisch beistehen konnte - und aus Kriegsgründen (Danzig und Polnischer Korridor), zu denen es die deutsche Position mehr oder weniger teilte und versucht hatte, in diesem Sinne auf Warschau einzuwirken.

Beurteilung / Verurteilung?

Wer dieses Buch im Kontext der heutigen deutschen Diskussion auch im weiteren Zusammenhang der Debatten um den Ausbruch des 1. Weltkriegs liest, ist zunächst einmal verblüfft. Verblüfft darüber, daß ein solches Buch von einem der maßgeblichen Historiker Englands 1961 publiziert wurde und mehrere Auflagen erlebte.

Ist das Buch Taylors ein typisches Beispiel für die bekannte Exzentrizität einiger britischer Geistesgrößen? Allerdings werden Exzentriker eben nur hingegenommen oder belächelt, nicht aber leidenschaftlich diskutiert. Spricht aus ihm britische Fairneß: Et auditur altera pars! (Auch die andere Seite muß gehört werden)? Dann hätte Taylor an der einen oder anderen Stelle sicher darauf hingewiesen.

Bei den Briten muß er einen wunden Punkt getroffen haben, sonst wäre sein Buch als abseitig

und abwegig, gewissermaßen als randständig und Irrläufer abgetan worden. Das geschah gerade nicht: es wurde heiß und leidenschaftlich diskutiert, mit dem Ergebnis, daß Taylor in Oxford vor die Tür gesetzt wurde. Hier kratzte einer am historisch-politischen Selbstverständnis Großbritanniens - und er sprach "ex cathedra", vom Katheder der altberühmten Universität Oxford.

In Deutschland wäre ein solches Buch bis heute wohl niedergeschrien oder totgeschwiegen worden. Sein Verfasser wäre als Alt- oder Neonazi ans Hakenkreuz genagelt worden. Denn das historische Narrativ der Deutschen zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist durchzogen von Schuldkomplexen und Betroffenheit über das, was die Forschung ständig an neuen Erkenntnissen über diese Jahrzehnte zutage fördert.

In diesen "cantus firmus" paßt die deutsche Stimme nur in reuevollen Molltönen. Bereits die Rezeption der Bücher von Christopher Clark (Die Schlafwandler, 2011) und Herfried Münklers (Der Große Krieg, 2013) provozieren den Vorwurf des Nationalismus und der geschichtspolitischen Exkulpierung Deutschlands. (Vgl. Heinrich August Winkler, "1914 und 1939. Die Kontinuität der Kriegspartei", FAZ-Online 25.8.2014; Dominik Geppert, "Die Geschichte ist schon weiter", Süddeutsche Zeitung 25.8.2014). Wer in Deutschland als Historiker oder Publizist aus dem Diskurs des "politisch korrekten" Mainstreams ausbricht, muß mit z.T. bösartigen Anfeindungen rechnen.

Vermutlich trifft dies auch auf diese Buchbesprechung zu. Deshalb ist zu betonen, daß es hierbei um die Aufarbeitung eines Versäumnisses geht. Im Winter 1963/1964 hatte ich als Student an der Sorbonne in Paris eine Vorlesung des französischen Philosophen und Politologen Raymond Aron (Kampfgefährte de Gaulles im Londoner Exil ab 1940) besucht, in der u.a. das Buch Taylors erwähnt wurde. Den Hinweis hatte ich damals überhört. Ein halbes Jahrhundert später wurde diese Vorlesung in Erinnerung an den Ausbruch des 1. und 2. Weltkriegs vor 100 bzw. 75 Jahren wieder ausgestrahlt (France Culture, Philosophie et Histoire, 25.- 29. Juli 2014). Der Hinweis auf Taylor entging mir dieses Mal nicht.

Diese Rezension versucht nachzuholen, was Raymond Aron schon damals anstoßen wollte: eine offene, wenn auch kontroverse Diskussion. Die Standfestigkeit des britischen Historikers, der gegen alle Anfeindungen an seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen unbeugsam festhielt, sollte dafür eine hinreichende Rechtfertigung sein.

Raymond Aron hatte 1963 übrigens auch eine Vorlesungsstunde dem Ausbruch des 1. Weltkriegs gewidmet und die Tragfähigkeit verschiedener Erklärungen erwogen, freilich ohne ein abschließendes Urteil zu fällen. Zum Schluß gab er einen vergleichenden Hinweis auf den antiken Historiker Thukydides (460-400 v. Chr.) und dessen Erklärung des Ausbruchs des Peloponnesischen Krieges zwischen Athen und Sparta (431-404 v. Chr.):

"Der eigentliche, wenn auch nie offen ausgesprochene Grund war meines Erachtens das Hochkommen Athens, das den Lakedämoniern Angst einflößte und sie in den Krieg trieb" (Thukydides, Peloponnesischer Krieg, I, 23). Athen steht für Deutschland. Thukydides gilt als Ahnherr aller Geschichtswissenschaft - viele halten ihn bis heute für unübertroffen.

Aktualität heute

Die von Taylor beschriebenen Krisen der Rheinlandbesetzung, des Anschlusses Österreichs, der Sudetenkrise und des Münchner Abkommens lesen sich wie eine Blaupause für den Ukraine-Konflikt 2014. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat völlig recht, wenn er den Vergleich mit der Sudetenkrise zieht. Besorgniserregend ist die Analogie zur Politik der Westmächte damals und heute.

Nach 1933 hörten sie nicht auf, Hitlers "wahre" Absichten ergründen zu wollen, anstatt die eigenen Interessen zu formulieren und deutlich rote Linien zu ziehen. Immer wieder vertrauten sie auf die Einsicht Hitlers und machten ihm Konzessionen, so daß Hitler glaubte, stets größere Forderungen stellen zu können - bis es zu spät war. Eine rechtzeitige scharfe (militäri-

sche) Reaktion bei der Rheinland-Besetzung, spätestens aber eine unbedingte Unnachgiebigkeit in München hätten genügt, um das Hitler-Abenteuer zu stoppen. Jedem, der heute den Ukraine-Konflikt verfolgt, sei zumindest unter diesem Aspekt die Lektüre dieses Buches empfohlen.

Nachtrag: Wie der britische Guardian am 24. Oktober 2014 (Online-Ausgabe) berichtete, observierte der britische Inlandgeheimdienst MI5 neben den bekannten und führenden britischen Historikern Eric Hobsbawm und Christopher Hill auch A. J. P. Taylor. Der Brief- und Telefonverkehr, auch von Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten wurde überwacht, Gespräche heimlich protokolliert, akademische Karrieren behindert.<<

09.12.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow lehnt am 9. Dezember 1961 die Forderung des nordamerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ab, die Autobahn nach Berlin für den internationalen Verkehr freizugeben.

1961

UdSSR: Während man die massenhaften Kriegsverbrechen der Roten Armee konsequent verdrängt, berichtet man z.B. im Jahre 1961 in sowjetischen Schulbüchern über die deutschen Feudalherren des Mittelalters (x056/62): >>... Die Tätigkeit der Kaiser (im Mittelalter) war nicht auf die Vereinigung des eigenen, sondern auf Raub und Eroberungen in fremden Ländern gerichtet. ... Die deutschen Feudalherren hatten einen Heißhunger darauf, die slawischen Länder zu erobern. ... (Sie) führten Krieg mit schrecklicher Grausamkeit. Sie verstümmelten und erschlugen die Gefangenen, führten Frauen und Kinder in Unfreiheit. ...<<

Im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 heißt es (x058/317): >>... Der Kommunismus ist die lichte Zukunft der Menschheit: Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist zur unmittelbaren praktischen Aufgabe des Sowjetvolkes geworden. Das allmähliche Hinüberwachsen des Sozialismus in den Kommunismus ist eine objektive Gesetzmäßigkeit, vorbereitet durch die gesamte vorangegangene Entwicklung der sozialistischen Sowjetgesellschaft.

Was ist Kommunismus?

Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das große Prinzip herrschen wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten; jedem nach seinen Bedürfnissen.

Der Kommunismus ist eine hochorganisierte Gesellschaft freier arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein, in der gesellschaftliche Selbstverwaltung bestehen wird, in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis für alle, zur bewußt gewordenen Notwendigkeit werden und jeder seine Fähigkeit mit dem größten Nutzen für das Volk anwenden wird.

Hohes kommunistisches Bewußtsein, Arbeitsfreude, Disziplin und Ergebenheit den Interessen der Gesellschaft gegenüber sind unveräußerliche Eigenschaften des Menschen der kommunistischen Gesellschaft. ...<<